

Liste der Sorgen: Von Sprengung bis Senkung

Sarstedter Stadtverwaltung fordert im Entwurf ihrer Stellungnahme zum Kali-Bergwerk Auflagen oder Verbesserungen für viele Bereiche

VON THOMAS WEDIG

SARSTEDT. Die Sarstedter Stadtverwaltung hat ihren Entwurf für eine offizielle Stellungnahme der Stadt zur Wiederinbetriebnahme des Giesener Kali-Bergwerkes vorgelegt – schließlich ist Sarstedt durch den geplanten Schacht auch unmittelbar betroffen.

Fachbereichsleiterin Monika Kochel hat sich durch einen großen Teil der 59 Aktenordner des Verfahrens gearbeitet. Sorgen um mehr Verkehr im Stadtteil Giebelstieg wurden im Vorfeld schon erörtert. Die Stellungnahme bringt noch eine Reihe anderer Befürchtungen auf den Punkt, zum Beispiel: Erschütterungen durch unterirdische Sprengungen könnten Anwohner belästigen – und Bergsenkungen könnten die Hochwassergefahr in Sarstedt erhöhen.

Der Entwurf wird noch in den Ratsgremien diskutiert. Das sind die wichtigsten Positionen:

■ **Verkehr:** Die Verwaltung fordert, dass die geplante neue Zufahrtstraße zum Schachtgelände schon nutzbar sein muss, wenn auf dem Gelände die Bauarbeiten beginnen. Suchverkehr im angrenzenden Wohngebiet müsse durch eine gute Beschilderung vermieden werden. Zusätzlich sollen Absperrposten am Ende der Glückaufstraße sicherstellen, dass der Verkehr zum Schacht nicht durch die Wohnstraßen rollt. Die Parkplätze der Gartenkolonie müssten uneingeschränkt anfahrbar bleiben, heißt es in der Stellungnahme – die vorgesehene Anordnung der K+S-Besucher-

parkplätze müsse daher geändert werden. Die Stadt wünscht sich außerdem zu prüfen, ob zur Anbindung der neuen Zufahrt an die Voss-Straße eine Ampel oder sogar ein Kreisell sinnvoll wäre – besonders in Hinblick auf den Verkehr zum Schichtwechsel im Schacht. Eine weitere Forderung: Die Zufahrtstraße am Stadtrand soll an der südlichen Seite von einer Baumreihe eingefasst werden.

■ **Erschütterung durch Sprengung:** Durch die DIN-Vorschriften, von denen K+S ausgeht, lassen sich aus Sicht der Stadt nur „erhebliche“ Belästigungen der Anwohner vermeiden. Der Grenzwert für Wohngebiete werde nachts nur knapp eingehalten. Die Verwaltung möchte Sprengungen daher nur in einem festgelegten Zeitraum am Tag oder nur in einer größeren Entfernung von Wohnhäusern erlauben.

■ **Bergsenkungen:** Die Stadt begrüßt, dass K+S ein Monitoring plant, um Bergsenkungen und mögliche Gebäudeschäden früh zu erkennen. Die Kontrolle müsse allerdings enghemischer sein, fordert die Verwaltung: Der vorgesehene fünfjährige Rhythmus reiche ebenso wenig wie die geplante Zahl der Messstellen (sechs in der Glückaufstraße und drei an der Straße Im Mittelfelde). Die Stadt fordert eine Erfassung für jedes Gebäude in der Umgebung.

■ **Hochwassergefahr:** Durch die oben genannten Bergsenkungen könnte die Wassertiefe bei Hochwasser um fünf bis sieben Zentimeter wachsen. Das sei für die Betroffenen in Sarstedt „grundsätzlich unzumutbar“, schreibt die Stadt.

Sarstedt sei durch Bruchgraben, Innerste und Leine ohnehin stark durch Hochwasser gefährdet, erhebliche Teile der Wohnbebauung lägen im Überschwemmungsgebiet. Jede Veränderung in der Topographie des Geländes könne Auswirkungen auf Hochwasserfolgen haben – und die könnten für Sarstedt gravierend sein. Die Forderung: Schon der Planfeststellungsbeschluss müsse Lösungswege vorschreiben.

■ **Lärm:** Die Stadt weist darauf hin, dass die geplante Schachanlage bis an die gewachsene Siedlung heranreicht. Lärm-Richtwerte seien daher unbedingt einzuhalten – und zwar nicht nur wäh-

rend des späteren Betriebes, sondern auch schon während der zweijährigen Bauphase. Als verbindliche Auflage fordert die Stadt unter anderem ein Fördermaschinengebäude in massiver Bauweise und ein Verbot für nächtlichen Lastwagenverkehr.

■ **Landschaftsbild:** Das Landschaftsbild am Sarstedter Stadtrand werde sich durch die 40 Meter hohe Förderanlage des Schachtes sowie durch die 9 bis 14 Meter hohen Hallen und Betriebsgebäude verändern, gibt die Stadt zu bedenken. Die bisher geplante Bepflanzung, zum Beispiel durch Grasland und Stauden, könne das kaum ausgleichen. Die

Verwaltung regt an, „die technogene Kulisse durch gezielte Eingrünung mit Bäumen aufzulockern und somit die Auswirkungen auf das Landschaftsbild abzumildern“. Beim Blick ins freie Feld führe vor allem die neue, größere Halde zu einer Beeinträchtigung der Landschaft. Die Stadt bittet zu prüfen, wie die Halde kleiner gestaltet werden könnte.

■ **Naturschutz:** Aus den Akten sei nicht zu erkennen, ob eine Reihe mächtiger Pappeln durch das Verlegen einer neuen Stromleitung verschwinden muss, schreibt die Stadt. Für diesen Fall müsse Ersatz mit einer hochwachsenden Baumart geschaffen werden.

■ **Neue Aufgaben für den Schacht:** Bisher sei der Standort Sarstedt ausschließlich als Einfahrtsschacht für die Bergleute deklariert gewesen, erinnert die Stadtverwaltung. Nun sei geplant, dass er auch als Transportschacht für Geräte und Ausrüstung genutzt werden soll. Daher solle geprüft werden, ob diese Nutzungsänderung im Lärmschutzgutachten schon ausreichend berücksichtigt ist.

■ **Energieversorgung:** Aus den Antragsunterlagen ist laut Stadt nicht zu entnehmen, ob die Stromversorgung zum Teil auch durch eigene Anlagen (Photovoltaik) ergänzt werden könnte. Fazit der Stadt: „Das finden wir bedauerlich.“



Durchgangsverkehr in der Glückaufstraße ist nur eine von vielen Auswirkungen, die nach Einschätzung der Stadt vermieden werden muss.

Foto: Wedig

Der Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss spricht in seiner nächsten öffentlichen Sitzung am Dienstag, 12. Mai, ab 18 Uhr im Gemeindehaus von St. Nicolai unter anderem über die Stellungnahme der Stadt zur Wiederinbetriebnahme des Bergwerkes.